

Landeselternausschuss Kita Berlin

Pressemitteilung des LEAK vom 18.03.2009 :

Kinder ohne Rechte? Unbekannte Sprachlerntagebücher?

Was der LEAK in Berlin feststellen muss, war bisher auch dem Senat völlig unbekannt.

Der Landeselternausschuss Kita in Berlin (LEAK) hat im vierten Quartal 2008 mit der Unterstützung der Bezirksselternausschüsse (BEAKs) eine repräsentative Umfrage unter den Eltern der Kindertagesstätten Berlins durchgeführt. Fast 800 Eltern gaben Auskunft, über die Bildungssituation in den Kitas, über die Wahrung der Kinderrechte und die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Elternbeteiligung nach §14 und §15 Kitaförderungsgesetz.

Zur Bildungssituation in den Berliner Kitas

Nur zwei Drittel (71 %) aller an der Umfrage beteiligten Eltern kennen das Berliner Bildungsprogramm, die wesentliche Grundlage der pädagogischen Bildungsarbeit in den Berliner Kindertagesstätten. Davon beurteilen es dann aber immerhin 80 % als positiv, immerhin ein Fünftel jedoch negativ. Es muss der Senatsverwaltung für Bildung spätestens bei diesen Zahlen klar werden, dass das Berliner Bildungsprogramm in der jetzigen Form scheitert.

Ein Fünftel (21 %), also etwa 22.000 Berliner Kitaeltern, kennen auch das Sprachlerntagebuch nicht. Dieses wurde im Jahr 2007 offiziell für alle Berliner Kitas verbindlich eingeführt. Sinn des Sprachlerntagebuchs ist die Dokumentation der Sprachentwicklung in der Kita, um eine gezielte optimale Förderung zu ermöglichen. Das Sprachlerntagebuch ist dabei das zentrale Arbeitsmittel der Dokumentation und Kommunikation mit den Eltern. Ein Fünftel der Kinder ist davon offenbar ausgeschlossen!

Da die Umsetzung und Gestaltung in Zusammenarbeit mit den Eltern geschehen soll, lässt dieses Ergebnis darauf schließen, dass das Sprachlerntagebuch in zahlreichen Einrichtungen entweder immer noch nicht angewendet wird oder die Eltern darüber nicht informiert werden.

Zur momentanen Situation der politischen Elternorgane

Die Elternbeteiligung in Berlin ist gesetzlich vorgeschrieben. Es besteht ein klarer Auftrag an die Bezirklichen Ausschüsse und Landesgremien, die dezentrale Kitalandschaft aus Sicht der Eltern mitzugestalten. Neben der Erziehungspartnerschaft der Eltern mit den Kitas bedeutet dieser Auftrag auch eine Kontrollfunktion. Im sozialen Sinne sind die Gremien also bereits keine reinen Beteiligungsgremien mehr, sondern auch „Aufpasser“. Dieses wird alleine dadurch deutlich, dass in mehreren Bezirklichen Ausschüssen Schlichtungsstellen eingerichtet wurden, die in zunehmendem Maße stark beansprucht werden. Bei dieser Aufgabe geraten die ElternvertreterInnen oft genug ins Kreuzfeuer der unterschiedlichen Interessen von anderen Eltern, Kitapersonal, Trägern und der Kitaaufsicht beim Senat.

Keines der Eltern-Gremien hat einen festen Etat, nur der LEAK erhält eine sehr geringe Auslagenentschädigung von 1.600,- € pro Jahr für Büromaterial und Infrastruktur. Ohne einen Etat können diese Gremien jedoch keine Öffentlichkeitsarbeit betreiben, was aufgrund der altersbedingten Fluktuation der Kinder besonders wichtig wäre.

Dieses spiegelt sich deutlich in der Umfrage wieder: Nur jeder Dritte der befragten Eltern kennt seinen Bezirkselfternausschuss, knapp jeder Zweite kennt den Landeselfternausschuss Kita – trotz des Rekordergebnisses beim Volksbegehren Kita im letzten Jahr.

Im Gegensatz dazu können sich jedoch sechs von zehn befragten Eltern vorstellen, ein Mandat in einem Elternngremium zu übernehmen. Wenn es möglich wäre, jedes Elternteil ausreichend zu informieren, könnte die Elternbeteiligung noch höher sein. Dies wäre ein erfreuliches Resultat, denn eine möglichst große Beteiligung der Elternngremien würde die Kenntnis und Akzeptanz des Berliner Bildungsprogramms und des Sprachlerntagebuchs fördern.

Der Zustand der mangelnden Förderung der Elternngremien durch die zuständigen Behörden droht den gesetzlichen Auftrag der Elternvertretung nach dem Kita-Förderungsgesetz (Kita-FöG, §§ 14 & 15) zum Scheitern zu bringen. Noch immer gibt es bei vielen Trägern die gesetzlich vorgesehenen Elternbeiräte nicht, auch die Bezirkselfternausschüsse sind mit ihren Mitgliedern im Jugendhilfeausschuss und der Spielplatzkommission chronisch unterbesetzt.

Ein Fünftel der Eltern sehen die Kinderrechte bedroht

Besorgniserregend aus Sicht des LEAK ist, dass ein Fünftel (21 %) der befragten Eltern die Rechte ihres Kindes nicht ausreichend oder gar nicht gewürdigt und vertreten sehen. Dies macht deutlich, welche große Bedeutung dem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Eltern und den Einrichtungen/Trägern sowie den zuständigen Behörden beizumessen ist. Den permanenten Personalmangel geben die Eltern am häufigsten als Grund für das schwindende Vertrauen der Eltern an. Denn die schlechte personelle Ausstattung führt dazu, dass Kinder nicht ausreichend gefördert und ihren Talenten entsprechend unterstützt werden können. Außerdem fordern viele Eltern ein wirksames Mitspracherecht bei wichtigen Angelegenheiten in der Kita, um die Rechte der Kinder in den Kitas besser repräsentieren zu können.

Die zuständige Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die Jugendämter in den Bezirken sind daher dringend aufgefordert, die Elternngremien aktiv zu unterstützen. Nur mit einer ausreichenden finanziellen Mittelausstattung dieser Gremien ist diese basisdemokratische ehrenamtliche Arbeit in Zukunft zu sichern.

Sollte der gesetzliche Auftrag der Eltern-Gremien von dem Berliner Senat nicht angemessen ermöglicht werden, muss darüber nachgedacht werden, die Gremien aufzulösen. Die ohnehin knappen Ressourcen der Eltern sind zu schade, um als Feigenblatt vermeintlicher Mitsprache herzuhalten. Die von der Politik der Elternvertretung aufgebürdete Kontrollfunktion der 1.800 Einrichtungen muss dann wie früher von der Senatsverwaltung selbst ausgeübt werden, ebenso wie die Kommunikation mit den einzelnen Einrichtungen. Ob dies ohne die ElternvertreterInnen geleistet werden kann, ist äußerst fraglich.

Für Nachfragen steht Ihnen

der Vorsitzende des Landeselfternausschuss Kita Burkhard Entrup zur Verfügung.

Kontakt: Burkhard Entrup, Hagelberger Str. 22, 10965 Berlin

Tel. 030/6943960, Fax: 030/6912144